

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände  
der Freien Wohlfahrtspflege  
des Landes Nordrhein-Westfalen

## Pressestelle

c/o DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e.V.  
Sperlichstr. 25, 48151 Münster  
Telefon: 0251 9739 - 291  
Telefax: 0251 9739 - 298  
E-Mail: [presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de](mailto:presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de)  
Kontakt: Claudia Zebandt, Pressesprecherin

An die Medien in NRW

16. April 2015

Pressemitteilung

## **Freie Wohlfahrtspflege fordert einheitliche Standards bei kommunaler Flüchtlingsbetreuung** Verabredungen des 1. Flüchtlingsgipfels sind weiter voranzutreiben

**Münster, 16.04.2015. Die Bilanz der Freien Wohlfahrtspflege NRW zum zweiten Flüchtlingsgipfel gestern in Düsseldorf ist im Großen und Ganzen positiv: Die Freie Wohlfahrtspflege erkennt die Bemühungen des Landes an, die beim ersten Flüchtlingsgipfel getroffenen Zielvereinbarungen umzusetzen; die Forderung nach der Entlastung des Landes und der Kommunen durch den Bund seien zu unterstützen. Dringenden Handlungsbedarf sieht die Freie Wohlfahrtspflege NRW jedoch hinsichtlich der unterschiedlichen Standards in der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen auf kommunaler Ebene.**

„Die Verabredungen des ersten Flüchtlingsgipfels werden in einem transparenten und einvernehmlichen Verfahren durch alle Beteiligten umgesetzt“, so Andreas Johnsen (Vorsitzender des Arbeitsausschusses Migration der Freien Wohlfahrtspflege NRW), der als Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege NRW am gestrigen Flüchtlingsgipfel teilnahm. „Dies muss weiter vorangetrieben werden.“ Kritisch wird die kurze Unterbringung von derzeit durchschnittlich zwei Wochen in den Landeseinrichtungen für Flüchtlinge bzw. die von der Landesregierung nun angestrebte Unterbringung von vier Wochen gesehen. „Damit wird der Erfolg der eingeleiteten Verbesserungen in den Landeseinrichtungen wieder in Frage gestellt, da sie bei den Flüchtlingen nicht wirksam werden können“, sagt Johnsen. Die Freie Wohlfahrtspflege NRW hält eine Verweildauer von mindestens acht Wochen in den Landeseinrichtungen für unabdingbar, bevor Flüchtlinge in den Kommunen untergebracht werden. Abhilfe könne hier nur durch eine ausreichende Zahl von Plätzen in den Landeseinrichtungen geschaffen werden.

Die Forderung nach einer Entlastung des Landes und der Kommunen durch den Bund wird von der Freien Wohlfahrtspflege NRW unterstützt. Angesichts unterschiedlicher Standards in der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in den Kommunen fordert Andreas Johnsen: „Es müssen dringend Vereinbarungen mit dem Ziel einheitlicher Standards auf

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen



# Freie Wohlfahrtspflege NRW

---

kommunaler Ebene getroffen werden, zum Beispiel zwischen den kommunalen Spitzenverbänden.“

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen

---

